

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003132/2025/rev.1
an den Rat
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Michael von der Schulenburg (NI)

Betrifft: Auswirkungen der EU-Sanktionen gegen Personen auf Demokratie und Redefreiheit

Die zunehmende Anwendung restriktiver Maßnahmen (Sanktionen) der Europäischen Union gegen Personen wegen mutmaßlicher Desinformation gibt Anlass zur Sorge wegen der möglichen Auswirkungen solcher Maßnahmen auf die demokratischen Grundsätze und das Recht auf freie Meinungsäußerung, insbesondere wenn Personen wegen ihrer politischen Ansichten oder öffentlichen Äußerungen mit Sanktionen belegt werden.

1. Kann der Rat klarstellen, wie der Rat (Auswärtige Angelegenheiten) in Ermangelung einer Definition dessen, was unter Desinformation zu verstehen ist, zwischen dem demokratischen Recht natürlicher Personen auf Meinungsäußerung und dem Vorwurf, dass ihre Meinung eine „Desinformation“ darstellt, unterscheiden kann?
2. Kann der Rat klarstellen, wie der Rat (Auswärtige Angelegenheiten) verhindert, dass seine Beschlüsse willkürlich gefasst werden, und somit Befürchtungen der Öffentlichkeit aufkommen lassen, dass die eigene Meinungsäußerung zu schwerwiegenden Vergeltungsmaßnahmen der EU führen könnte?
3. Kann der Rat klarstellen, wie dafür gesorgt wird, dass durch die gegen einzelne Personen gerichtete Sanktionspolitik der EU nicht unangemessen gegen grundlegende demokratische Werte, einschließlich der Redefreiheit und der politischen Teilhabe, verstoßen wird?

Eingang: 30.7.2025